

SPD-ABGEORDNETER

Eltern sollen für Schulschwänzer Bußgeld bezahlen

Die Schulschwänzerzahlen in Berlin bleiben hoch. Der SPD-Abgeordnete Joschka Langenbrinck fordert ein härteres Vorgehen der Bezirke.

06.08.2017, 07:28



Spielplatz statt Schule: Rund 20 Prozent aller Schüler der siebten bis zehnten Klassen fehlten mindestens einen Tag unentschuldig

Foto: Jens Kalaene / picture alliance / ZB

Angesichts des weiterhin hohen Anteils an Schulschwänzern fordert der SPD-Abgeordnete Joschka Langenbrinck ein strikteres Vorgehen der Bezirke gegen Eltern. Es würden sehr wenige Bußgeldverfahren eingeleitet, einige Bezirke würden von diesem Instrument gar keinen Gebrauch machen.

"Einige Bezirke gehen immer noch stärker gegen Falschparker vor als gegen Elter die das Wohl ihrer Kinder gefährden", sagte der Abgeordnete der Morgenpost. Entsprechende Zahlen für das vergangene Schuljahr liegen noch nicht vor. Wie berichtet, fehlten laut einer Statistik der Bildungsverwaltung auch im ersten Schulhalbjahr 2016/2017 rund 20 Prozent aller Schüler der siebten bis zehnten Klassen mindestens einen Tag unentschuldig. Rund ein Prozent aller Schüler dies Jahrgänge wiesen mindestens 21 unentschuldigte Fehltage auf.

Häufig seien Probleme im Elternhaus Auslöser für das Schulschwänzen oder dies stehe im Zusammenhang mit Straftaten, sagte der Neuköllner Jugendstadtrat Falk Liecke (CDU). Deshalb seien Ordnungsmaßnahmen zwar richtig, man müsse aber auch in die Familien schauen.

In Neukölln soll nach den Ferien ein Modell starten, bei dem Vertreter des Jugendamtes, der Schulverwaltung, der Polizei und der Justiz konkrete Fälle beraten. Wegen des Datenschutzes müsse dazu aber eine Einverständniserklärung der Eltern vorliegen. Auch die Senatsbildungsverwaltung räumt ein, die Zahl der Schüler, die unentschuldig fehlen, sei zu hoch. "Das wollen und dürfen wir nicht hinnehmen", sagte Sprecher Thorsten Metter. Schulversäumnisanzeigen würden jetzt schneller geschrieben, pädagogische Maßnahmen sowie die Schulsozialarbeit forciert.

Hinweis: In einer früheren Version des Artikels hieß es, Joschka Langenbrinck würde fordern, Schulschwänzer von der Polizei zur Schule bringen zu lassen. Dies ist falsch und wurde korrigiert.

Mehr zum Thema:

[🔗 Wie Brennpunkt-Schulen vom Förderprogramm profitieren](#)

[🔗 Trotz strengerer Regeln Tausende Schulschwänzer in Berlin](#)

[🔗 Behörde greift durch: Harter Kurs gegen Schulschwänzer](#)